



NEUDRUCK

Ausschuss für Schule und Bildung

105. Sitzung (öffentlich)

10. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:01 Uhr bis 12:53 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Erdogans Einfluss auf den Islamunterricht in Zeiten des aufflackernden Antisemitismus': NEIN zur Mitwirkung von DITIB im staatlichen Schulwesen! | 8 |
| | Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14062

– Anhörung von Sachverständigen (<i>s. Anlage</i>) | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | 21 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700 | |

Erläuterungsband
zum Einzelplan 05
Vorlage 17/5542

Beantwortung von Fragen der Fraktionen
zum Einzelplan 05
Vorlage 17/5852

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

3 Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge in Gymnasium in der gymnasialen Oberstufe und den Bildungsgängen des Berufskollegs **29**

Vorlage 17/5837

Drucksache 17/15346 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Vorlage mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

4 Vereinbarung zur Durchführung der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ **30**

Vorlage 17/5916

Drucksache 17/15498 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5 Verordnung für das Weiterbildungsgesetz (Weiterbildungsverordnung – VO WbG) **31**

Vorlage 17/5932

Drucksache 17/15494 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 Sechste Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg 32

Vorlage 17/5953

Drucksache 17/15556 (Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Vorlage mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion zu.

7 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk-/programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich 33

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579 (Anhörung vom 01.10.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

8 Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive! 36

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 17/13777

Ausschussprotokoll 17/1535 (Anhörung vom 07.09.2021)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

9 Respekt und Empowerment für Mädchen und junge Frauen im Netz stärken – Cyber-Sexismus ein Ende setzen! 41

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13068

Ausschussprotokoll 17/1549 (Anhörung vom 16.09.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

10 Das Jahr der Nichtschwimmer – Corona und die Folgen für die Schwimmfähigkeit 44

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/12767

Ausschussprotokoll 17/1538 (Anhörung vom 14.09.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

11 Kinder ernst nehmen – Lernfreude fördern – Bildungsgerechtigkeit herstellen! Schulleitungsvotum der aufnehmenden Schule auf der Grundlage eines aussagekräftigen Grundschulgutachtens als verbindliches Kriterium für die Weiterführung der Schullaufbahn festlegen. 45

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15452

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

- 12 Schulbetrieb in Pandemiezeiten** (*fortlaufende Berichterstattung auf Wunsch der Landesregierung [s. APr 17/1275]*) **46**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 13 Digitalstrategie Schule NRW** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **54**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 14 Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen – gesichert, gestärkt und qualitativ verbessert** **59**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5796
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache aus Zeitgründen zu vertagen.
- 15 Verschiedenes** **60**
- keine Wortbeiträge

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Erläuterungsband
zum Einzelplan 05
Vorlage 17/5542

Beantwortung von Fragen der Fraktionen
zum Einzelplan 05
Vorlage 17/5852

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie die zuständigen Fachausschüsse am 08.09.2021)

Vorsitzende Kirstin Korte: Ich darf Sie darüber in Kenntnis setzen, dass in diesem Jahr im ASB keine Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt werden sollen, sodass wir heute nur über den Einzelplan 05 abstimmen.

Claudia Schlottmann (CDU): Die CDU-Fraktion entrichtet dem MSB ein herzliches Dankeschön für diesen Einzelplan, dessen Ausgabenvolumen um 446 Millionen Euro bzw. 2,18 % steigt. Damit ist der Schulhaushalt mit einem Anteil von rund 24 % erneut der stärkste bzw. größte Einzeletat.

Besonders freut mich, dass wir über 4.000 neue Stellen schaffen, davon sind 783 für den neuen Masterplan Grundschule und 705 für die Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung vorgesehen. Bereits im September hat die Ministerin ausgeführt, dass das neue Programm zur Schulsozialarbeit gestärkt bzw. ausgeweitet wird. Es wird im Jahr 2022 auf 57,7 Millionen Euro aufgestockt und erhöht sich damit um ungefähr 20 %. Das zeigt sehr deutlich, wie wichtig den regierungstragenden Fraktionen das Thema „Bildung“ ist.

(Beifall von der CDU)

Jochen Ott (SPD): Es ist interessant, dass hier die Wichtigkeit beschworen wird. Wenn man genau hinsieht, stellt man fest, dass es im Bildungsbereich zwar Steigerungen von knapp 2,2 % gibt, aber gemessen an der Steigerung des Gesamthaushalts keine nennenswerten Verbesserungen zu sehen sind. Wenn man das im nationalen bzw. internationalen Vergleich betrachtet, kommt man zu dem Schluss, dass von dem Versprechen, weltbeste Bildung zu schaffen, sehr wenig übrig geblieben ist. Viele Punkte

wurden verwaltet und manche weiterentwickelt, aber ein wirklicher Aufschlag, der das Gefühl vermittelt, dass nach der Pandemie etwas passiert, ist nicht zu erkennen.

Im Plenum werden wir noch Debatten über den Haushalt führen, deshalb hier nur einige wenige Hinweise: Jeder weiß mittlerweile, dass mittels im Haushalt zur Verfügung gestellter Lehrerstellen nicht zwangsläufig unterrichtet wird. Jedes Jahr nutzt der Finanzminister den Schuletat zur Konsolidierung des Haushalts, da am Jahresende dreistellige Millionensummen zurückfließen. Auf diese Weise kann man den Unterricht für die Kinder nicht stärken.

Es gibt viele Schulen in Nordrhein-Westfalen, die deutlichen Unterhang haben und in denen nicht regulär unterrichtet werden kann. Wir bekommen von manchen Städten, insbesondere im Ruhrgebiet, Hinweise, dass über 100 Stellen nicht besetzt seien und vor Ort niemand wisse, wie man den Unterricht noch gewährleisten könne. In diesen Städten weisen zudem oftmals die Schulen mit besonderen Herausforderungen die größten Anteile an Quereinsteigern auf. Das ist keine Perspektive, auf diese Art und Weise kann man Bildung nicht nach vorne bringen.

Die Vorgriffsstellen für Gymnasien werden auch in der Sek. I und der Primarstufe eingesetzt. Hier muss natürlich darüber nachgedacht werden, wie das in Zukunft weitergehen soll. Gibt es faire Angebote, sodass diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die das wollen, vielleicht sogar an den Grundschulen bleiben können? Solange das mit der Besoldung nicht geklärt ist, wird das nicht gelingen. Auch dieses Mal ist die Enttäuschung groß, dass die von allen Parteien seit 2009 mehrfach versprochene A13-Angleichung nicht umgesetzt wird. Das halten wir für einen schweren Fehler, weil es die Attraktivität der Lehrämter Sekundarstufe I und Grundschule berührt. Es wurden wieder keine Anstalten gemacht, hier einen Schritt nach vorne zu kommen.

Es ist auch nicht erkennbar, ob und in welcher Weise, das für 2027/2028 zu erwartende massive Desaster an den Berufsschulen und den Grundschulen – wir haben vergangene Woche in einer Anhörung darüber diskutiert – bekämpft werden soll. Wie soll dafür gesorgt werden, dass wir genügend Personal zur Verfügung haben werden? In der letzten Untersuchung vor der Wahl 2017 hieß es noch, dass wir nur zwei Drittel aller MINT-Stellen besetzen könnten. Jetzt sagen uns die Wissenschaftler, dass wir bis 2030 nur ein Drittel der ausscheidenden MINT-Fach-Lehrer ersetzen könnten. Warum man angesichts solcher Zahlen in einer Zeit, in der die Digitalisierung und der MINT-Bereich von enormer Bedeutung sind, einfach nichts macht, ist uns absolut schleierhaft.

Der Beamtenbund, der nicht gerade verdächtig ist, eine Vorfeldorganisation der rot-grünen Opposition zu sein, sagt – Zitat –, dass die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes laut nordrhein-westfälischer Landesregierung kostenneutral erfolgen solle und die Personalausgabensätze als Spardose des Landes dienen. Dass man mit dieser Aufstellung die Zukunft gewinnen kann, wage ich zu bezweifeln.

Im Ganztag werden die Mittel erhöht und weitere Plätze geschaffen. Das ist richtig. Es fehlt aber ein Konzept bzw. ein Plan, wie das mit Blick auf den Rechtsanspruch ab 2026 laufen kann. Den Kommunen bzw. Trägern entsprechende Summen zu überweisen, also genau das, was wir jetzt machen, eins zu eins fortsetzen, wird nicht funktionieren,

vielmehr braucht es ein Gesamtkonzept. Ein solches Konzept hätte längst erarbeitet sein können. Leider haben wir das in diesem Land bisher nicht geschafft. Seit vielen Jahren werden bei Demonstrationen vor dem Landtag und in Fachgesprächen Qualitätsstandards, etwa zum Personal oder den Räumlichkeiten, gefordert. Das wurde aber bis heute nicht angegangen. Man hat mit den Kommunen auch keine Verabredung darüber getroffen, wie man vorgeht.

Es ist richtig, und wir haben es auch gelobt, dass jetzt ein wissenschaftsbasierter Sozialindex vorliegt. Wir halten es aber weiterhin für falsch, das mit neun Stufen zu machen, da eine solche Umstellung sowohl sprachlich als auch die Anzahl betreffend für viel Verwirrung sorgt. Bei solchen Aufstellungsprozessen kommt es natürlich oft zu Verschiebungen. Wir hatten darüber gesprochen. Die Antwort steht noch aus. Ich hoffe, wir bekommen Sie bald. Für ein Gymnasium, das sich über Jahre in der fünften Stufe befand, ist es nur schwer zu verstehen, warum es sich auf einmal in der zweiten Stufe befindet. Bei Grundschulen ist das noch dramatischer. Da muss man sich natürlich fragen, in welcher Weise das den Schulen vorher kommuniziert wurde, wie sie eingebunden wurden und ob sie überhaupt davon wussten. Mir scheint, dass da einiges im Argen liegt. Wir hätten uns also für ein anderes Modell entschieden, aber Sie haben hier ja deutlich gemacht, dass die neun Stufen beim Sozialindex politisch gesetzt seien.

Durch das momentane Cluster werden denjenigen Schulen, die es schwer oder sehr schwer haben, zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. In diesem Pott gibt es aber kein Mehr, sondern eine Umverteilung. Diese Umverteilung erschwert es, das Ziel zu erreichen, dass Sie sich mit den Talentschulen eigentlich gesetzt haben. Wir meinen, dass Talentschulen und eine entsprechende Förderung richtig sind. Man braucht dafür aber keine Schul- bzw. Modellversuche, da die wissenschaftlichen Erkenntnisse schon vorliegen. Deshalb sollten wir uns in diesem Ausschuss stattdessen darauf verständigen, alle Schulen ab der vierten Stufe systematisch in den Blick zu nehmen, weil die dortigen Herausforderungen von besonderer Art sind. Sie aber verteilen innerhalb des Systems um. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg und wird uns nicht dabei helfen, das Ziel der weltbesten Bildung zu erreichen. Insofern bleibt NRW im Bildungsbe- reich weiter Schlusslicht in Deutschland. Dabei wäre es jetzt an der Zeit, einen klaren Akzent zu setzen und die schon vorher bestehenden, aber durch die Pandemie herausgearbeiteten Probleme zu beseitigen.

Ich möchte mit einer Petiteesse schließen, die nichtsdestotrotz angesprochen werden sollte. Es ist bemerkenswert, dass die Bischöfe von Nordrhein-Westfalen die Landesregierung bitten, die Konnexitätsregelungen bzw. die Finanzierung der Rückkehr zu G9 für die Kommunen auch auf private Träger anzuwenden. Niemand in diesem Bereich versteht, warum nicht auch diese Schulträger in die Lage versetzt werden, sich auf G9 vorzubereiten. Das ist schon deshalb unfair, weil diejenigen, die die Räumlichkeiten anmieten, finanziert werden, aber diejenigen, die die Räumlichkeiten zusätzlich bauen müssen, nicht. Angesichts des Mangels an Schulplätzen in Teilen des Landes wäre es unverantwortlich, wenn diese Schulen am Ende dazu übergehen würden, Plätze abzubauen, um G9 ordnungsgemäß durchführen zu können. Das halten wir für falsch, und wir verstehen nicht, warum es der Koalition nicht möglich ist, dieses Problem zu lösen. Es gibt das Gerücht, dass die Ministerin sich klar dazu bekannt hat. Das

möchte ich ausdrücklich unterstützen. Die Christlich Demokratische Union hingegen sollte sich überlegen, ob ihr Vorgehen zielführend ist. Als katholischer Sozialdemokrat darf ich sagen, dass man die Kirchenvertreter nicht so auflaufen lassen kann, zumal viele andere Schulen in privater Trägerschaft mit demselben Problem zu kämpfen haben. Das Gebot der Stunde lautet, seitens des Landes ein Unterstützungsprogramm, ähnlich dem für die Kommunen, aufzulegen. – So viel von uns, alle weiteren Debatten werden wir im Plenum führen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Da bin ich sicher.

Martina Hannen (FDP): Ich darf mich im Namen der FDP für den eingebrachten Haushaltsplan bedanken. Es liegt in der Natur der Sache, dass man, wenn man von unterschiedlichen Positionen kommt, die Dinge auch unterschiedlich wahrnimmt. Für mich ist klar erkennbar, dass dieser Haushaltsplan ausgewogen ist und alle Schulen im Land, seien es Grund-, Förder- oder Meisterschulen, mit all ihren Schülerinnen und Schülern im Blick hat.

Erneut wird deutlich, dass seit 2018 überall zugelegt wurde. Seitdem haben wir allein 10.600 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen. Die Tatsache, dass wir mit dem Haushaltsplan 2022 4.013 neue Stellen einplanen, zeigt sehr deutlich, dass diese Koalition bzw. dieses Schulministerium stetig daran arbeiten, die Bildung zu verbessern.

Ich sage deutlich, dass ich mich besonders darüber geärgert habe, wie Herr Ott die Ausgestaltung des Sozialindex kritisiert hat. Wenn man auf die nackten Zahlen schaut, stellt man fest, dass wir allein im Schuljahr 2021/22 den Schulen 4.000 neue Stellen über den Index zuweisen konnten. Damit nicht genug: Im Rahmen des Haushalts 2022 werden 250 zusätzliche Stellen über den Schulsozialindex verteilt. Herr Ott hat gerade gesagt, dass die SPD sich für ein anderes Modell entschieden hätte. Als sie aber entscheiden konnte, hat die SPD sich noch nicht einmal für einen Schulsozialindex entschieden. Sie hat ihn schlicht und ergreifend gar nicht erst auf den Weg gebracht. Das muss man auch einmal deutlich sagen. Wir sprechen hier von 4.250 neuen Stellen, die Sie hätten schaffen können. Das haben Sie aber nicht getan, stattdessen mäkeln Sie jetzt daran herum, wie sie verteilt werden. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Bereich der Schulsozialarbeit gibt es einen Aufwuchs von 47,7 auf 57,7 Millionen Euro. Wie schon mehrfach in dieser Legislaturperiode erwähnt, ist auch das ein klares Zeichen dafür, dass wir in allen Bereichen, in denen wir es können, die Bildung stärken. Um deutlich zu machen, wie breit dieser Haushalt aufgefächert ist: Es gibt 23,6 Millionen Euro mehr für das sogenannte Meister-BAföG. Auch das ist sehr wichtig. Es gibt eine deutliche Verbesserung bei der Schüler-Lehrer-Relation an beruflichen Gymnasien. Der Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung kommen 6,2 Millionen Euro zugute. Im Zusammenhang mit dem Masterplan Grundschule gibt es 783 neue Stellen. Wir stellen 33 Millionen Euro mehr für den Offenen Ganztags bereite. Das betrifft beide Bereiche, sowohl die Schaffung neuer Plätze als auch die Erhöhung der Fördersätze.

Wir nehmen also alle mit. Das ist enorm breit aufgestellt und sehr vielfältig. Im Zusammenhang mit diesem Haushaltsplan wurde jede einzelne Facette berücksichtigt, und es gibt für jedes Problem eine Lösung. Ich bedanke mich nochmals für diesen Haushaltsplan und freue mich auf die Diskussionen im Plenum.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Norwich Rüße (GRÜNE): Es ist geübte Tradition, dass die regierungstragenden Fraktionen den Haushaltsentwurf loben. Das kann man auch machen, aber ich finde, dass man gleichzeitig die vorhandenen Probleme benennen sollte. Es hilft nichts, wenn der Haushalt bei Weitem nicht in dem Umfang wie die Steuereinnahmen anwächst.

Es hilft auch nichts, sich immer wieder dafür zu loben, dass man neue Stellen geschaffen habe. Das Problem der unbesetzten Stellen hatten wir auch, aber unter Ihnen ist es größer geworden. Sie schieben mittlerweile eine Bugwelle von 4.000 Stellen vor sich her, die sie nicht besetzt bekommen. Der Beantwortung der Fragen der Fraktionen kann man entnehmen, dass die Gesamtquote für die Grundschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf bei rund 90 % liegt. Es gibt also einen erheblichen Mangel, der dazu führt, dass die Lehrer und Lehrerinnen, die im Dienst sind, erheblich mehr leisten müssen.

Ich fand es super, dass Sie das mit der Schulverwaltungsassistenz gemacht haben.

(Martina Hannen [FDP]: Wir auch!)

– Ja, aber was hilft es denn – und damit sind wir wieder beim Punkt –, wenn man die Stellen nicht besetzt. Wenn Sie nur 15 % der Stellen besetzt haben, haben Sie ein massives Problem. Man könnte schon fast sagen, dass Sie es dann gar nicht erst hätten machen müssen. Im Ergebnis ist das schlecht. Wenn man den Schulen erhebliche Entlastung und Unterstützung im Bereich der Verwaltung verspricht – wir begrüßen das, das ist gut –, muss man sich auch darum kümmern, dass die Stellen besetzt werden. Zu den 250 neuen Stellen ist schon etwas gesagt worden. Wir sind der Meinung, dass das deutlich zu wenig ist. Es ist absehbar, dass die betroffenen Schulen sich um diese 250 Stellen prügeln müssen.

Ich will gar nicht lange reden, sondern möchte nur eine Antwort auf eine wichtige Frage. Wenn man merkt, dass man die Stellen nicht besetzen kann, muss man irgendetwas für die Attraktivität tun. Wir befinden uns mit den anderen Bundesländern in einem Wettbewerb um die knappe Ressource Lehrkräfte. Das ist einfach so, das haben wir in anderen Bereichen auch. Was also tun wir dafür, dass fertige, frischgebackene Lehrkräfte, die ihr zweites Staatsexamen gemacht haben, aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen kommen? Diese Frage ist für mich unmittelbar verknüpft mit der Frage nach A13 für Grundschullehrer. Setzen Sie das endlich um. Die erwähnte Lücke gibt es auch bei den Grundschulen, das wissen wir seit Jahren. Tun Sie etwas dafür, dass Nordrhein-Westfalen ein attraktiver Arbeitgeber ist, insbesondere für Grundschullehrerinnen und -lehrer. Mehr will ich nicht sagen. Dieses Problem müssen Sie lösen. Sie tun es aber nicht, und Sie haben nicht mehr viel Zeit.

Herbert Strotebeck (AfD): Stellvertretend für meinen Kollegen Herrn Seifen ist zum Bereich „Schule und Bildung“ im Haushalt zu sagen, dass wir im Kern den Mut der Ministerin vermissen, dem völlig gescheiterten Gleichheitswahn der zurückliegenden Wohlfühlpädagogik der Linksideologen zu trotzen.

(Lachen von der SPD – Zurufe)

Wenn wir nicht so viele tüchtige und aufopferungsvoll arbeitende Lehrerinnen und Lehrer hätten, denen das Kindeswohl am Herzen liegt und die sich für das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder krummlegen, sähe die Situation noch wesentlich schlechter aus. Aber auch sie sind bald am Ende.

Zur grundlegenden Beseitigung der schlimmen Schäden in der Schulpolitik hilft nur eine klare Kurskorrektur, und diese kann lediglich durch die Rückbesinnung auf höchst erfolgreiche Konzepte von Pädagogik und Unterricht erfolgen, unter anderem darauf, die Differenzierungsmöglichkeiten des gegliederten Schulsystems für die optimale Förderung jedes Kindes zu nutzen. Damit können wir endlich auch einen Trend stoppen, der immer besorgniserregendere Ausmaße annimmt: Heutzutage kaufen immer mehr Eltern ihre Kinder aus dem öffentlichen Bildungswesen frei. Eltern, die über das nötige Kleingeld verfügen, geben dafür im Schnitt jährlich einen fünfstelligen Betrag aus. Sie geben viele Tausend Euro aus, damit ihre Kinder nicht mehr den Misshelligkeiten des staatlichen Schulwesens ausgesetzt sind und in den Genuss von echter Förderung und Bildung kommen. Das Vertrauen in das staatliche Schulwesen ist nämlich schon längst abhandengekommen. Vielen Eltern geht es nicht zuletzt auch darum, ihre Kinder nicht länger der von den Altparteien erzwungenen sozialen Durchmischung auszusetzen. Das ist nämlich – entgegen Ihrer Vorstellung von Bereicherung – für alle beteiligten Kinder eine starke Belastung.

Halten wir fest: Der bekannte Satz der Ministerin – wir haben es gerade schon gehört – scheint längst keinen Bestand mehr zu haben. Von der sogenannten weltbesten Bildung ist NRW weit entfernt. Wir steuern auf eine Bildungsapartheid zu, und die Ministerin hat keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

Als betroffener Großvater von schulpflichtigen Kindern, kann ich das, was mein Kollege hier zu Papier gebracht hat, nur unterstreichen. – Wir lehnen den Einzelplan ab. Die weitere inhaltliche Debatte werden wir im Plenum führen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Bevor ich die nächste Wortmeldung zulasse, habe ich eine Bitte: Inhaltlich müssen wir nicht übereinstimmen, aber ich erwarte schon, dass wir einander zuhören. Es gibt zum Teil erhebliche Unruhe. Ich bitte darum, gegenseitig den nötigen Respekt aufzubringen, damit wir hier sachgerecht und ruhig miteinander sprechen können.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich habe den Eindruck, dass ich fast zu sehr zugehört habe. Gleichzeitig habe ich ein paar Sachen mitgeschrieben. Hier im Schulausschuss, im Hohen Haus in einer Haushaltsdebatte Formulierungen wie „Gleichheitswahn“, „Wohlfühlpädagogik“, „Misshelligkeiten“, „erzwungene soziale Durchmischung“ und –

das war am schlimmsten – „Bildungsapartheid“ zu benutzen, ist wirklich das Allerletzte. Herr Strotebeck, es mag sein, dass Herr Seifen Ihnen das aufgeschrieben hat, aber Sie hätten auch die Entscheidung treffen können, solche Begriffe nicht vorzulesen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das hätten Sie machen können, haben Sie aber nicht getan. Das ist wirklich unwürdig, zumal man nichts davon in einer Haushaltsposition wiederfindet. Das war einfach nur ein – sorry wegen des unparlamentarischen Begriffs – Bullshit-Bingo der AfD-Kampfbegriffe. Das haben wir hier nicht verdient. Die unparlamentarische Äußerung tut mir leid, aber ich meine, dass sie gut zum vorherigen Ton passte.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Hat sich gelohnt!)

Über die anderen Punkte tauschen wir uns im Plenum aus, für heute lasse ich es so stehen.

Jochen Ott (SPD): Ich möchte Frau Müller-Rech in allen Punkten zustimmen, aber noch etwas ergänzen, und das ist bitterer Ernst. Die Rede von Herrn Seifen in der vergangenen Woche – und er ist Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses –

(Lachen)

ist in Kombination mit dem, was Sie sagen, aus dem Blickwinkel einer wissenschaftlichen, historisch-kritischen Quellenanalyse ein Beispiel dafür, wie wir in diesem Land schon einmal bestimmte Begrifflichkeiten gewählt haben, um Menschen mit Worten in die Ecke zu treiben. Auch in der nationalsozialistischen Zeit wurde von „Bolschewisten“ und „Altparteien“ gesprochen. In dieser Weise über bestimmte Gruppen zu sprechen, war der Anfang davon, Menschen zu diskreditieren.

Ich bin gerne bereit, über Inhalte zu streiten, und im demokratischen Diskurs kann es auch mal passieren, dass sich der eine oder andere im Ton vergreift. Aber mit dieser bewussten Wortwahl – Sie haben es sogar verschriftlicht und hier vorgetragen, ohne das zu bedenken – beschreiten Sie einen Weg, den wir nicht mitgehen werden, vielmehr werden wir uns dem entschlossen entgegenstellen. Wir wissen, dass erst solche Worte und die Ausgrenzung und dann die Folgen kommen, daher wehren wir den Anfängen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Herbert Strotebeck (AfD): Ja, das ist das, was Herr Seifen aufgeschrieben hat. Aber ich habe es mir angesehen, und ich stehe dazu. Ich meine auch, das untermauert zu haben, indem ich einen Satz dazu eingefügt habe, wie ich selber das gesehen und erlebt habe. Insofern gibt es dazu nichts weiter zu sagen, alles andere wird dann mein Kollege im Plenum machen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Da wir uns hier in einer Haushaltsberatung und nicht in einer Befindlichkeitsdiskussion befinden, schaue ich, ob es noch Wortmeldungen zum Haushalt gibt. – Ich sehe keine. Ist das richtig?

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Jochen Ott (SPD): Entschuldigung, Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, das nicht als Befindlichkeitsdiskussion zu bezeichnen. Hier geht es um Grundhaltungen und Grundwerte.

(Beifall von der SPD)

Nach 1945 haben wir uns alle gemeinsam darauf verständigt, dass man diese Grundwerte hochhalten muss. Ich lege allergrößten Wert darauf, dass das keine Befindlichkeit ist. Ich vermute, dass Sie das nicht so gemeint haben, aber das wollte ich klarstellen.

Vorsitzende Kirstin Korte: Herr Ott, genauso ist es. Ich lege auch nicht jedes Wort, das von dem einen oder anderen Kollegen kommt, auf die Goldwaage. Ich bitte darum, das auch für mich in Anspruch nehmen zu dürfen.

Zur Haushaltsdiskussion sehe ich seitens der Kollegen im Moment keine Wortmeldungen, und die Ministerin sagte gerade, dass man sich im Plenum äußern werde.

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.